

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

01.07.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Firmen stellen wieder ein – Krise noch nicht zu Ende</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 01.07.2021</i> .....	3
2   <b>Nord Stream 2: Streit um Ausnahmen</b> <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 01.07.2021</i> .....	4
3   <b>Endlager: Soll Salzstock Bahlburg untersucht werden?</b> <i>Hamburger Abendblatt - Harburg Stadt, 01.07.2021</i> .....	5

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 01.07.2021 | S. 17-SEITE 17

📄 Auflage: 18.794 | Reichweite: 44.976

👤 Torsten Roth

## Firmen stellen wieder ein – Krise noch nicht zu Ende

### Coronalockerungen beflügeln MV-Arbeitsmarkt / Jeder Vierte mehr als ein Jahr arbeitslos

Aufschwung nach der Krise: Weniger Arbeitslose und Kurzarbeit, mehr Stellenangebote – der Arbeitsmarkt in MV kommt langsam aus dem Corona-Tief. Die Lockerungen der Pandemie-Beschränkungen und die Öffnungen nach dem Lockdown hätten den Arbeitsmarkt im Juni beflügelt, erklärte Margit Haupt-Koopmann, Chefin der Landesarbeitsagentur, gestern. Mit dem Neustart vor allem in der Tourismusbranche habe MV in den letzten Wochen den bundesweit größten Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnen können. So sei beispielsweise die Arbeitslosigkeit in der Tourismusregion Vorpommern-Rügen doppelt so stark zurückgegangen wie im Landesschnitt. Die Betriebe hätten ihre Mitarbeiter aus der Kurzarbeit geholt und wieder Leute eingestellt. Auch der Handel, das Logistik- und Reinigungsgewerbe würden wieder Fuß fassen und Mitarbeiter einstellen. Insgesamt waren in MV im Juni mit 61 400 Frauen und Männern und damit 6,6 Prozent weniger als vor einem Jahr ohne Job. Davon hätten in besonderem Maße junge Leute profitiert, sagte Haupt-Koopmann. Sie seien in der Corona-Krise oft die Ersten gewesen, die entlassen worden seien. Jetzt würden wieder überproportional viele einen neuen Job finden. Die Öffnungen würden greifen, die Konjunktur nehme langsam Fahrt auf, meinte **Wirtschaftsminister** Harry Glawe (CDU) gestern: „Wenn die Entwicklung weiter so verläuft, dann nähert sich die Arbeitslosigkeit langsam weiter Richtung Vorkrisenniveau an.“

Noch sei die Corona-Krise auf dem Arbeitsmarkt aber nicht vorbei: „Wir sind noch nicht durch“, meinte Haupt-Koopmann. Noch seien die Folgen sichtbar. Es gebe aber deutliche Aufhellungen auf dem Arbeitsmarkt in MV. So hat beispielsweise die Personalnachfrage wieder angezogen: Allein im Juni seien etwa 20 Prozent mehr Stellen angeboten worden – insgesamt 4400, 33 Prozent mehr als vor einem Jahr. Allerdings:

Manche Stelle bleibt im Handel, Gesundheits- und Sozialwesen, verarbeitenden **Gewerbe** und in der Tourismusbranche inzwischen unbesetzt. Die Corona-Krise habe den Fachkräftemangel verschärft, erklärte Jens Matschenz von der Vereinigung der Unternehmensverbände (VU) gestern. Manche Mitarbeiter hätten sich aufgrund des langen Lockdowns beruflich neu orientiert und würden sichtbare Lücken hinterlassen.

Für Langzeitarbeitslose nimmt die Krise vorerst aber kein Ende: Jeder Vierte ist in **Mecklenburg-Vorpommern** derzeit länger als ein Jahr ohne Job – insgesamt 26 806 Frauen und Männer, etwa 36 Prozent mehr als im Juni im Vorkrisenjahr 2019. Sie seien von der Pandemie besonders betroffen. Viele wären ohne Corona gar nicht arbeitslos geworden, meinte Haupt-Koopmann. Langzeitarbeitslose hätten zu spüren bekommen, dass durch die Corona-Beschränkungen die Bildungsträger die Qualifizierungsmaßnahmen stoppen mussten. Im Lockdown sei auch die Personalnachfrage zurückgegangen. Inzwischen führten die Bildungsträger ihre Qualifizierungsangebote aber wieder fort. Sie sei zuversichtlich, dass MV spätestens mit dem Herbstaufschwung wieder „in den Vorwärtsgang schalten“ werde und Langzeitarbeitslose beispielsweise in der Hotel- und Gaststättenbranche, im Reinigungsgewerbe oder in Logistikunternehmen wieder einen Job finden würden. Inzwischen werde die Langzeitarbeitslosigkeit wieder abgebaut – 530 hätten im Juni einen neuen Job gefunden. Vor einem Jahr waren es 360. Haupt-Koopmann: „Der Pik ist überschritten.“ Ohne Hilfe geht es aber nicht: Der Anteil der Langzeitarbeitslosen sei „unverhältnismäßig hoch“, meinte Henning Foerster, Arbeitsmarktexperte der Linken-Landtagsfraktion und forderte vom Land mehr Unterstützung beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit.

## Nord Stream 2: Streit um Ausnahmen

Düsseldorf: Das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf hat gestern über einen Streit zwischen der Bundesnetzagentur und dem Betreiber der Ostseepipeline **Nord Stream 2** verhandelt. Es geht dabei um die Frage, wann die Leitung als fertiggestellt gilt. Vom Ausgang des Verfahrens hängt ab, ob der Betreiber Ausnahmeregelungen von einer EU-Richtlinie in Anspruch nehmen kann. Ob die Gasleitung zu Ende gebaut werden darf, wird in dem Prozess nicht geklärt.

Die Bundesnetzagentur hatte den Antrag der **Nord Stream 2 AG** auf eine Freistellung von der Regulierung abgelehnt. Aus ihrer Sicht war die Gasleitung an der für eine Freistellung geltenden Stichtag 23. Mai 2019 noch nicht fertiggestellt. Ab diesem Datum gilt eine geänderte EU-Gasrichtlinie, die unter anderem Vorgaben für die Entflechtung von Gaslieferanten und Pipelinebetreibern sowie bei der Kostenregulierung macht. Die Vertreter der **Nord Stream 2 AG** argumentierten vor

dem 3. Kartellsenat des OLG, die Leitung sei am Stichtag aus **wirtschaftlicher** Sicht sehr wohl fertiggestellt gewesen. Damals seien bereits unumkehrbare Investitionsentscheidungen für das Milliardenprojekt gefallen oder bereits in der Umsetzung gewesen. „Das Geld liegt im Sand der Ostsee“, sagte einer der Anwälte.

Die Vorsitzende des Kartellsenats, Anne-Christin Frister, betonte, im Wortlaut des Energiewirtschaftsgesetzes gebe es keinen Hinweis, dass die Freistellung von der Regulierung für im Bau befindliche Leitungen gelte solle. Von einer fertiggestellten Leitung könne gesprochen werden, wenn etwa 95 Prozent der Arbeiten abgeschlossen seien. Am Stichtag sei aber nur etwa die Hälfte der Leitung fertiggestellt und rund zwei Drittel der Investitionen getätigt gewesen.

Eine Entscheidung des komplexen Falls will der Senat am 25. August verkünden.

## Endlager: Soll Salzstock Bahlburg untersucht werden?

**Scharfe Kritik an der Informationspolitik des Bundes. Landrat: „Salzstock Bahlburg kommt, ebenso wie andere Flächen im Kreis Harburg, als atomares Endlager nicht in Frage.“**

**Kreis Harburg** Landrat Rainer Rempe, Salzhausens Samtgemeindebürgermeister Wolfgang Krause und Winsens Bürgermeister André Wiese sind mehr als sauer. Hintergrund sind Informationen, nach denen die *Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)* den Salzstocks Bahlburg, der sich von Luhdorf bis hinter Garstedt erstreckt, untersuchen will. Am seinem Beispiel soll die Sicherheit von Salzstöcken bewertet werden, wenn sie auf ihre Eignung als atomares *Endlager* überprüft werden.

Die Informationen gehen auf die digitalen Informationsveranstaltung „Standortauswahlverfahren Endlagersuche“ zurück. Sie wurden am Rande der Veranstaltung „praktisch zufällig und erst auf Nachfrage bekannt“, teilte der Landkreis am Mittwoch mit. „Noch ist nicht über den Standort für das Pilotprojekt entschieden. Das wird noch in dieser Woche geschehen. Dann werden wir auch darüber informieren“, sagte *BGE*-Sprecherin Dagmar Dehmer dem Abendblatt. Der Salzstock Bahlburg sei „im Gespräch.“ Es könne bei flacheren Salzlagerungen, bei Ton und kristallinen Gestein wie Granit noch weitere Pilotverfahren geben.

Der Landkreis, Winsen und die Samtgemeinde Salzhausen kritisieren nun insbesondere die mangelhafte Kommunikation durch die *BGE*. Kreis und Kommunen seien von den Planungen nicht informiert worden. Rempe, Wiese und Krause fordern daher umfassende Informationen zu dem Vorhaben ein. „Wir hätten erwartet, vor der Endlagerkonferenz unaufgefordert und detailliert über diese Pläne und die Auswirkungen informiert zu werden. Ein solches Vorgehen sorgt bei den Menschen vor Ort für Verunsicherung und Misstrauen, statt durch transparente und frühzeitige Informationen Akzeptanz für das bundesweite Verfahren zur Endlagersuche zu schaffen“, sagt Landrat Rempe. „Mehr als unglücklich gelaufen“, sagt Winsens Bürgermeister. „So schafft man kein Vertrauen“, ergänzt Krause.

Für Landkreis und Kommunen ergeben sich auch über die Kommunikation hinaus „drängende Fragen.“ Von der *BGE* wollen sie wissen, warum sie nicht vorab informiert wurden, weshalb der Salzstock ausgewählt wurde und was das über die Eignung des Salzstocks für ein atomares *Endlager* aussage. „Uns ist es wichtig zu erfahren, ob im Rahmen des Pilotprojekts allein theoretische Betrachtungen und Modellierungen geplant sind oder ob bereits vor Ort mit konkreten Aktivitäten und Untersuchungen zu rechnen ist“, präzisiert Rempe. Offen scheint derzeit, ob und inwieweit bei einem Fachforum der *BGE* zu Sicherheitsfragen am 6. Juli weiteres über Sicherheitsuntersuchungen und die Methodenentwicklung vor allem zum Salzstock Bahlburg gesagt wird.

„Im Interesse unserer Bürger werden wir die Endlagersuche noch kritischer beobachten und begleiten“, kündigte Rempe an, der sich am Mittwoch im Kreistag zu dem Thema äußerte. Für ihn steht wie für die beiden Bürgermeister fest: Der Salzstock Bahlburg kommt, ebenso wie andere Flächen im Landkreis Harburg, als atomares *Endlager* nicht in Frage. Auch wenn die Flächen bei ersten Untersuchungsschritten geologisch geeignet erschienen, seien Kriterien wie die Nähe zur Wohnbebauung, die Bedeutung für die Natur und als Erholungsgebiet klare Ausschlusskriterien.

Der Bund hatte nach dem jahrelangen Streit um den Salzstock Gorleben die Suche für ein atomares *Endlager* neu gestartet. Die Entscheidung über den Standort für ein atomares *Endlager* soll, ausgehend von einer „weißen Landkarte“, nach wissenschaftlichen Erkenntnissen getroffen werden. 2031 will der Bund den Standort gefunden haben, von 2050 an sollen Behälter mit strahlendem Abfall unterirdisch gelagert werden. Ziel ist es, einen Standort in Deutschland für die Tiefenlagerung der hoch *radioaktiven Abfälle* zu finden, der für eine Million Jahre die bestmögliche Sicherheit bietet.